



MAG. KLAUDIA TANNER
BUNDESMINISTERIN FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

S91143/59-PMVD/2024

15. Juli 2024

Herrn

Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Kainz, Kolleginnen und Kollegen haben am 15. Mai 2024 unter der Nr. 18555/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Überstunden im BMLV für das 1. Quartal 2024“ gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1 und 8:

Bezugnehmend auf den oben genannten Betrachtungszeitraum gelangten für Überstunden unter Zugrundelegung von § 49 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 10.836.350,99 Euro zur Auszahlung, davon 4.200.659,00 Euro im Jänner 2024, 3.162.718,53 Euro im Februar 2024 und 3.472.973,46 Euro im März 2024.

Zu 2 bis 5:

Im ersten Quartal 2024 haben Bedienstete des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) Mehrdienstleistungen im Ausmaß von 340.638,88 Stunden erbracht. Davon entfallen 213,00 Stunden auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kabinetts & Generalsekretariats. Die Mehrdienstleistungen werden gemäß § 49 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 bzw. § 16 Gehaltsgesetz 1956 vergütet. Eine Aufschlüsselung nach einzelnen Entlohnungsgruppen ist nicht möglich.

Zu 6:

Nein.

Zu 7:

Es ist darauf hinzuweisen, dass das BMLV selbstverständlich dem Gleichbehandlungsgebot im Sinne des § 4 Bundes-Gleichbehandlungsgesetz entspricht. Konkrete Zahlen dazu lassen sich aber technisch nicht abfragen.

Zu 9:

Im Hinblick darauf, dass für „All-In“-Bezieherinnen und Bezieher sämtliche zeitlichen und mengenmäßigen Mehrdienstleistungen mit ihren Bezügen als abgegolten gelten und deshalb keine Differenzierung der entstandenen Zeitguthaben in den Zeiterfassungssystemen erfolgt, stehen dazu keine Daten zur Verfügung, weshalb eine Beantwortung dieser Frage nicht möglich ist.

Zu 10, 11, 11a und 11b:

Arbeitszeitaufzeichnungen über die Normdienstzeit sind im BMLV mit Erlass vom 11. März 2019, S90585/1-S I/2019, kundgemacht mit VBl. I Nr. 40/2019, geregelt. Demnach haben Bedienstete zum Nachweis der tatsächlich geleisteten Dienstzeit und der sich daraus ergebenden Zeitguthaben bzw. Zeitschulden eine Zeitkarte nach einem Formular zu führen (auch automationsunterstützt möglich). Am ersten Arbeitstag des Folgemonats sind Zeitkarten von den Bediensteten zu unterfertigen und ihrem jeweiligen Abteilungsleiter bzw. ihrer jeweiligen Abteilungsleiterin oder gleichgestellten Dienstvorgesetzten zu übergeben. Diese haben im Rahmen ihrer Dienstaufsichtspflicht die Zeitkarten zu überprüfen und drei Kalenderjahre aufzubewahren. Darüber hinaus ist in dem Erlass festgehalten, dass unwahre Angaben in der Zeitkarte und die Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Dienstzeit als Verletzungen von Dienstpflichten gelten und dienstrechtlich bzw. disziplinar geahndet werden. Im ersten Quartal 2024 waren keine Missbrauchsfälle anhängig.

Mag. Klaudia Tanner

